

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Ebeblatt und Anzeiger).

Druckort: Rieser, Tagesblatt, Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißner.

Postfachkonto: Dresden 158, Grotzstraße Nr. 52.

Nr. 12.

Dienstag, 15. Januar 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 12.—31. Januar 1924 2,20 Mk. einschließlich Frangobahn. Für den Fall des Platzens von Produktionsverletzungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 4 mm hohe Druckzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeltständer und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Bewilligter Rabatt erstattet, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe einbezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontura gedr. Zahlungen- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Weiterung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Rieser.

Zum Ergebnis

der sächsischen Gemeinderatswahlen.

Das Ergebnis der vorgestrigen Gemeinderatswahlen in Sachsen stellt sich immer mehr als eine schwere Niederlage des Sozialismus heraus. In fast allen sächsischen Gemeinden ist die bisherige sozialistisch-kommunistische Mehrheit in den Stadtparlamenten, wenn nicht beseitigt, so doch stark eingeschränkt. In Dresden hat die USPD, etwa ein Drittel ihres Bestandes an Stimmen und Mandaten eingebüßt, ein Verlust, der durch die kommunistischen Gewinne bei weitem nicht ausgeglichen wird.

Es darf festgestellt werden, daß in Sachsen im allgemeinen die SPD, etwas zugenommen, die USPD, verloren hat. Auch die Demokraten büßten in der Gesamtheit Sachsen ein, doch muß hier ebenso wie bei den Mandatsverlusten der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei berücksichtigt werden, daß zahlreiche Anhänger dieser 3 bürgerlichen Parteien für die Listen der Hausbesitzer, des Handels und Gewerbes und der Beamten gestimmt haben. Zum ersten Male erhielten die Deutschsozialen Siege in den Stadtparlamenten. Diese Partei hat in keiner Stadt einer Verbindung mit den Bürgerlichen zugehört und auf ihr Konto allein ist es zu buchen, daß die Bürgerlichen trotz numerischer Überlegenheit der abgegebenen Stimmen im Stadtparlament in die Minderheit geraten. Schätzungen über Verluste und Gewinne der politischen Parteien anzustellen, ist mühsam, da die verschiedenen Verfassungen in den einzelnen Gemeinden aufgestellt sind, deren Wähler hinsichtlich ihrer politischen Haltung nicht festgesetzt sind und da in verschiedenen Gemeinden die Bürgerlichen nur eine Liste hatten. Die Wahlbeteiligung war allenthalben hart und lebhaft.

Die sozialdemokratische Presse zum Ausfall der Gemeinderatswahlen.

Hd. Dresden. In dem sozialdemokratischen Mißerfolge bei den Gemeinderatswahlen bemerkt der Berliner „Vorwärts“: Nach den bisher vorliegenden Meldungen haben die Gemeinderatswahlen in ganz Sachsen für die sozialdemokratische Partei keine Erfolge, sondern im großen und ganzen eine schwere Enttäuschung gebracht. Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie die Ursachen dieses Mißerfolges genau zu prüfen hat. Zweifellos hat der Ausnahmestand mit seinem militärischen Antikommunismus gerade gegen die sozialdemokratische Regierung nicht wenig dazu beigetragen, die Situation für unsere Partei zu verschlechtern. Es müssen aber auch noch andere Umstände mitwirken. Zweifellos hat der Parteistreit, der in der sächsischen Sozialdemokratie in den letzten Wochen und Monaten immer tiefer gina, die Stimmung der Wähler nicht unweitentlich beeinflusst. Wohl in feiner gegen Deutschland ist die Parteipolitik so reger gewesen, als gerade in Sachsen. Gerade in jenen Bezirken, in denen die heftigste Kritik an der Haltung der Gesamtpartei geübt wurde, ist das Resultat der Wahlen für uns unerfreulich. Noch auf dem letzten sächsischen Parteitag am 6. Januar hat die überwindende Mehrheit sich für die Auflösung des Landtags und für die Wahl eines Landesparlamentes ausgesprochen. Das Ergebnis der Gemeinderatswahlen wird zweifellos auch dieser Mehrheit zeigen, daß die Auflösung in dieser Zeit für die Partei ein sehr gewagtes Experiment gewesen wäre.

Weder die bürgerlichen Parteien in ihrer Gesamtheit noch die Kommunisten haben einen besonderen Anlaß, wegen des Wahlausfalles zu triumphieren. Nursten die einen die durch den Ausnahmestand geschaffenen besonderen Verhältnisse für ihre Propaganda aus, so lebten die Kommunisten hauptsächlich von der außerordentlichen Not, in der sich gerade die Arbeiterklasse des industriellen Sachsens seit langem befindet. Je mehr aber die Kommunisten gezwungen sein werden, in den Gemeinden praktische Politik zu treiben, wird ihre Unfähigkeit dazu auch den Wählern begreiflich werden. Insofern bedeutet der Wahlausfall keinen Rückschlag, sondern den Beginn einer neuen Entwicklung. Wenn unsere Parteigenossen in Sachsen in aller Gründlichkeit, aber auch in aller Objektivität die tiefsten Ursachen des Mißerfolges zu erforschen suchen, so werden sie zu der Überzeugung kommen müssen, daß es in einem parlamentarisch regierten Lande für eine Partei nichts Schlimmeres geben kann, als ein Schwanken in ihrer gesamtpolitischen Haltung. Genosse Dittrich hat an dieser Stelle mit Besorgnis darauf hingewiesen, daß die Lage auf dem sächsischen Parteitag in diesem Sinne an diejenige vor dem Spaltungsparteitag in Halle. Wenn die Partei aus diesen Dingen die richtige Lehre zieht und einen Neubau ihres inneren Gefüges erstrebt, so zweifeln wir nicht, daß die zukünftigen Landtagswahlen und auch die Reichstagswahlen in Sachsen für sie ein wesentlich anderes Gesicht zeigen werden, als es die Gemeinderatswahlen vom gestrigen Sonntag aufwiesen.

Die auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie stehende „Dresdener Volkszeitung“ bemerkt zu den Ursachen des sozialdemokratischen Mißerfolges u. a.: Die Gründe für die sozialdemokratische Wahlniederlage sind wohl nirgends lokaler, sondern überall allgemeiner Natur. Der Ausfall solcher Entscheidungen hängt immer in erster Linie von der allgemeinen Wirtschaftslage ab, und die ist für Überwindungen so furchtbar, daß verzweifelte Zustimmung über die ruhige Überlegung triumphierte. Eine durch die Not verstimte Volksmasse macht so keine Unterschiede nicht, als daß sie diese für uns komplizierte Situation in solchen Zeiten am Wahltage gebührend würdige. Dazu kommen die Vorgänge in der sozialdemokratischen sächsischen Landtagsfraktion. Die Art, wie hier die große Koalition gemacht wurde, haben die Gewinners vor der Wahl gegen uns weidlich ausgenutzt, während

die Spaltung der Fraktion in unseren Kreisen viel Mithimmung, Erbitterung und Arbeitsunlust zeitigte. Das alles erleichterte auch den Kommunisten ihre dreitaktige Wahlarbeit gegen die Sozialdemokratie. Ihr Kampf richtete sich ausschließlich gegen uns, und sie können nach Wotkan sabeln, daß sie gegen die USPD, gewütet haben so weit, es ihre Kräfte gestatteten. Die Folgen des Wahlausfalles sind das wertvolle Volk sehr bald zu spüren bekommen. Das Blatt meint dann, die 22 Prozent Nichtwähler in Dresden fänden diesmal auf das sozialdemokratische Konto. Viele der verbliebenen Arbeitlosen und Kurzarbeiter, viele derer, die den Achtundtagsentlohn haben, ohne daß Gewerkschaften und Sozialdemokratie die Macht haben, ihm zum Siege zu verhelfen, viele derer, die durch die Reichspolizei vertrieben, durch die Vorgänge in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion verärgert sind, aber teils durch die bürgerliche Freigabe, teils durch die kommunistischen Tiraden verstimmt wurden, bleiben zu Hause. Wir haben eine Bataille verloren, nicht. Aber die Größe der Sozialdemokratischen Partei hat sich immer gerade nach der Niederlage gemehrt. Die wenig der bürgerliche Wähler Grund hat zu jubelieren, das sollen die Wähler der Zukunft beweisen. Auf diese Entscheidungen zu rufen, begangene Fehler künftig zu vermeiden und anzugehen, das soll der Schluss, das soll die Lehre sein, die wir aus diesem Wahlausgang zu ziehen haben.

Die demokratischen „Dresdner Neuen Nachrichten“ überschreiben ihren Artikel über die Wahlen: „Vollstreckung“ und bemerken: Das sächsische Volk hat bei den vorgestrigen Gemeinderatswahlen ein vernichtendes Urteil über den politischen Kurs, der in Sachsen in den letzten Jahren eingeschlagen worden war, gefällt. Es hat der bisher den Anspruch auf die Alleinherrschaft erhebbenden sozialdemokratischen Partei gesagt, daß ihre Lehren in die Welt hinausgerufenen Behauptungen vom „sozialistischen“, vom „roten“ Sachem alles falsche Behauptungen waren, denen keinerlei Tatsachen entsprachen.

Die feierliche Eröffnungssitzung des Sachverständigenausschusses.

Paris. Der Sachverständigenausschuss zur Prüfung des deutschen Staatsantrages ist gestern vormittag in feierlicher Sitzung durch den Präsidenten der Reparationskommission in sein Amt eingesetzt worden. Man hatte in den letzten Wochen bis zum letzten Augenblick befürchtet, daß ein völliger Bruch zwischen dem französischen und dem amerikanischen Standpunkte betreffend die Tragweite der Sachverständigenarbeiten nicht zu Stande kommen würde. Nach dem Tode der Rede Barthous an den amerikanischen Delegierten General Dawes zu urteilen, ist eine Annäherung der beiderseitigen Auffassungen jedoch gelungen.

In seiner Ansprache sagte Barthous, nachdem er bemerkte, daß man von dem Komitee keine Wunder, aber doch schnelle Arbeit erwartet, unter anderem: Der Vertrag von Versailles ist unsere Urkunde, er wird auch die letzte sein und es werden innerhalb seiner Grenzen gemäß Artikel 23 ihre Arbeiten durchaus unabhängig und auf der Seite der Unabhängigkeit unternehmen. Barthous fügte hinzu: Sie sind Herr Ihrer Arbeitsmethode. Der Vertrag gibt Deutschland ein Recht, sich zu Worte zu melden. Sie werden Deutschland in der Form vernehmen, die Ihnen am angemessensten erscheint und wir wünschen aufrichtig im gemeinsamen Interesse, daß seine Regierung und seine Verwaltungsbefehle, die ihre schwierigen und komplizierten Aufgaben erleichtern. Man wird getrost versichern, daß der Friede der ganzen Welt davon abhängt. Die mehr als neun Seiten umfassende Antwort des General Dawes wird in Paris gänzlich beurteilt. Sie hat zumal wegen der ersten Auffassung der Situation, die sich darin ausdrückt, einen starken Eindruck hinterlassen. Die Stelle, wo der amerikanische Delegierte im Hinblick auf die gegenwärtige Lage in Europa von einer bevorstehenden Katastrophe redet, hat geradezu Sensation hervorgerufen. Der Erfolg des Komitees, fuhr General Dawes fort, hängt insbesondere davon ab, daß in der öffentlichen Meinung und in dem Weltglauben eine genaue Feststellung von der Größe des Unfalls besteht, die einen Staat und Europa bedrohen wird, wenn man nicht die Vernunft zur alleinigen Herrscherin krönt. Behebt diese Feststellung? Wir wissen es nicht, werden es aber bald erfahren. Der Ausgang unserer Arbeiten und die Erwiderung, die die Reparationskommission darauf erteilen wird, wird vielleicht eine definitive Antwort darauf geben.

Eine der interessantesten Stellen der Ansprache des Generals ist die folgende: Die Anweisungen der Reparationskommission ermöglichen es uns, unsere Arbeiten auf der Grundlage eines Status aus in Angriff zu nehmen. Man ist nicht mit der Bitte an uns heranzutreten, zur Legalität des Ruhrunternehmens Stellung zu nehmen, oder die politischen Ergebnisse dieser oder jener Handlung anzugeben. Wir brauchen keine Betrachtungen über diese Fragen anzustellen, die die Politiker angehen, die mit der Situation verknüpft sind, die vor allem durch Geschäftsleute geprüft werden muß, durch Geschäftsleute, die weder von politischer Ehrgeiz noch von persönlichen Erwägungen beeinflusst werden. Aufgabe der Reparationskommission und nicht die unsrige ist es, die politischen Schlussfolgerungen und Berichte zu prüfen. Wenn wir unparteiisch einen Plan zur Stabilisierung der deutschen Währung und zum Ausgleich des deutschen Staatsbankrotts vorschlagen, den die Reparationskommission zur Ratifizierung für richtig hält, so haben wir doch das erreicht, wenn wir der Reparationskommission den Vorschlag gemacht haben, der sie in den Stand setzt, Deutschland auf dem Weg der produktiven Tätigkeit zu bringen und zur Wiederherstellung der deutschen Produktionsfähigkeit, die man als den Ausgangspunkt des Wohlergehens ganz Europas ansieht, Schritte zu unternehmen. Die erste Maßnahme, die wir

erzählen müssen, besteht meiner Ansicht nach darin, ein Sakrament zur Stabilisierung der deutschen Währung auszusprechen und Maßnahmen für den Ausgleich des deutschen Staatsbankrotts zu beraten.

Die Absichten des General Dawes, sich zunächst mit dem deutschen Währungsproblem zu beschäftigen, werden vom „Temps“ in seiner gestrigen Abendausgabe uneingeschränkt anerkannt.

Lebedour und die Unabhängigen.

Ueber die Gründe für die Spaltung der USPD, äußert sich der aus der von ihm selbst gegründeten Partei ausgeschlossene Abgeordnete Lebedour in einem „Kunsthalt“. Er sagt darin, der unter der Führung von Theodor Liebknecht stehende Parteivorstand habe zum französischen Ausbruch eine Haltung eingenommen, die mit der Stellung der internationalen Sozialdemokratie und der französischen Sozialisten und Kommunisten gegen die militärische Politik Voicars nicht vereinbar sei. Der Parteivorstand habe den Aufruhr für verträglich mit dem Verfall der Lebensversicherung erklärt und mit den Maßnahmen eines Reichssozialisten gegen einen säkularen Schuldner verhalten. Diese Haltung sei geradezu eine Verteidigung Voicars gegen dessen sozialistische und kommunistische Gegner in Frankreich. Die Stillnahme des Parteivorstandes habe einige Organisationen der Unabhängigen im Rheinland zu einer Verabsichtigung der Separatisten bestimmt. Lebedour, der eine Einigung zwischen Sozialisten und Kommunisten erstrebt, wendet sich stark gegen die französisch-sozialistische Politik des Parteivorstandes und erklärt, dies sei der Hauptgrund für den Konflikt innerhalb der USPD.

Die englische Untersuchung in der Pfalz.

Der englische Generalkonsul, der vorgestern München verlassen hat, um sich nach Heidelberg zu begeben, hat ausdrücklich die Begleitung französischer Offiziere und Beamten abgelehnt, die ihm offiziell von der französischen Generalität in München angeboten wurde. Der englische Beamte wird zunächst in Heidelberg die Ansichten der ausgewiesenen deutschen Beamten entgegennehmen. Dann wird er sich nach der Pfalz begeben und hinsichtlich des Ergebnisses seiner Untersuchung mit dem englischen Vertreter in der Rheinlandskommission Lord Almarok in Koblenz besprechen.

Amlich wird berichtet: Mr. Gilve, der britische Generalkonsul in München, zu dessen Amtsbezirk auch die bayerische Pfalz gehört, hat sich dorthin begeben, um für die englische Regierung eine unmittelbare, unbeeinträchtigte Einsicht in die gegenwärtige politische Situation zu gewinnen. Die englische Vermutung, daß die separatistische Bewegung in der Pfalz nur als das Ergebnis anderer Einflüsse hat aufkommen können, um die normalen politischen Verhältnisse durch Gewalttaten und Einschüchterungen umzuwerfen, hat durch die von den betreffenden Stellen gezielte eigenartige Abneigung gegen verfassungsmäßige Methoden seine Nahrung gewonnen. Die deutsche Verfassung sieht ausdrücklich Mittel vor, durch deren Anwendung die Bevölkerung der Pfalz wie jedes anderen Teiles des Reiches eine Änderung ihres politischen Status herbeiführen kann. Ein derartiger Vorgang brauche nur durch die Stimmen eines Drittels der Wahlberechtigten in Bewegung gesetzt zu werden. Dieser Bericht auf verfassungsmäßige Mittel verläßt nur die Auflösung, daß in der Pfalz kein allgemeiner Wunsch nach Autonomie herrscht, und daß die separatistische Bewegung von den interessierten Kreisen gegen den freien Willen der Bevölkerung in Szene gesetzt wird.

Einführung einer französischen Kommission in Köln.

Die französische Regierung hat bei der britischen Behörde den Antrag auf Entsendung einer französischen Kommission eingereicht, die sich im deutsch-befetzten Gebiet über gewisse Verhältnisse orientieren soll. Wie die „Kölnische Zeitung“ von zuständiger Seite erklärt, ist dieser Antrag sofort angenommen worden und die französische Kommission tritt in den nächsten Tagen in Köln ein. Es scheint, als ob das Ersuchen der Franzosen und die Entsendung einer Untersuchungskommission darauf zurückzuführen ist, daß die britische Regierung eine Untersuchung der Zustände in der Pfalz verlange.

Keine Immunität für Hochverräter.

Der rheinisch-westfälische Unabhängigkeitsbundes an den Reichstag die Anfrage gerichtet, ob auch separatistische Kandidaten, die für die nächste Wahl zum Reichstag kandidieren, falls sie als Volksvertreter gewählt sind, die Immunität genießen „also in voller persönlicher und parlamentarischer Freiheit handeln können“. — Reichstagspräsident Voeb hat darauf geantwortet, in dem es heißt: „Die absolute Abgeordnetenimmunität nach Artikel 38 besteht sich nur auf Verordnungen und Abstimmungen bei Ausübung des Abgeordnetenmandates im Reichstag selbst. Solche können bei ihnen vorläufig nicht in Frage kommen. Es kann sich nur um Handlungen drehen, die vorher oder außerhalb der Sitzung verübt werden sind. Und da erlich 13 mir, Sie darauf hinzuweisen, daß der Reichstagsordnungsausschuss des Reichstages neuerdings die Praxis hat, bei Hochverratsverbrechen die Genehmigung zur Strafverfolgung zu erteilen. Die bieraus für Sie sich ergebenden Schlüsse können Sie demnach wohl selbst ziehen.“